

Statement

der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege anlässlich der Pressekonferenz zum 4. Armuts- und Reichtumsberichts des Landes Rheinland-Pfalz am 25. Februar 2010

Arme Menschen habe es schwer in diesem Land und in diesen Zeiten. Ihnen wird die Schuld für ihre desolate Lage zugeschoben. Sie werden verdächtig, faul zu sein oder auf Kosten der Allgemeinheit einen „anstrengungslosen Wohlstand“ zu genießen. Gegen diese Verdächtigungen helfen Fakten, wenn sie denn zur Kenntnis genommen werden. Der Landesarmuts- und Reichtumsbericht ist eine faktenreiche Grundlage für eine Politik gegen Armut. Die LIGA ist dankbar dafür, dass die Landesregierung einen solchen Bericht erstellt. Das Nachbarland Hessen weigert sich nach wie vor, einen solchen auf den Weg zu bringen.

Der Armutsbericht ist ein **Armutszeugnis** für ein wohlhabendes Bundesland wie Rheinland-Pfalz. Armut nimmt zu und Reichtum auch. Der Sozialstaat wirkt immer weniger. Die Sozial- und Steuerpolitik kann die Ungleichheiten zwischen Armen und Reichen immer weniger ausgleichen. Hartz IV spielt dabei eine unheilvolle Rolle. Armut in einem reichen Land ist kein Naturereignis, sondern Ergebnis falscher Politik. Deswegen erinnern wir an die „**Charta für ein soziales Rheinland-Pfalz**“, die die Landesregierung und die LIGA 2005 gemeinsam verfasst haben. Darin heißt es, Armut und Ausgrenzung durch gezielte Politik zu verhindern. Jetzt liegen also die Fakten vor. Damit es nicht bei Empörung bleibt, fordert die LIGA einen konkreten **Masterplan** im Kampf gegen Armut. Die nächsten Monate sollten für eine Debatte genutzt werden, einen Masterplan zu entwickeln, der konkret die Aufgaben beschreibt, die Bund, Länder und Gemeinden zu erledigen haben, damit Armut in Rheinland Pfalz im Jahr 2020 der Vergangenheit angehören kann.

Die Landesregierung versteht den Armuts- und Reichtumsbericht als Teil eines kritischen Dialogs mit der Gesellschaft. Der Kampf gegen Armut ist nicht nur Sache der Politik, sondern der ganzen Gesellschaft. In diesem Sinne hat die LIGA der Freien Wohlfahrtsverbände einen eigenen und selbständigen Teil beigesteuert. Die LIGA nimmt damit ihr sozialanwaltschaftliches Mandat wahr und bringt mit Hilfe von Expertinnen und Experten der Wohlfahrtsverbände die Betroffenen ins Bild, um die neue Armut anschaulich zu machen.

Die wichtigste Aussage des LIGA-Teils im Landesarmuts- und Reichtumsbericht lautet: **Wir haben es mit neuen Gesichtern der Armut zu tun.** Armut war einmal in diesem Land weithin bekämpft und schien besiegt. Jetzt kehrt sie um so heftiger zurück. Armut ist also nicht mehr nur an den Rändern zu finden, sondern wird immer mehr zu einem Problem der Mitte der Gesellschaft. Das Einkommen spreizt sich nach oben und nach unten und die mittleren Einkommensklassen schrumpfen.

Hartz IV hat eine neue Schicht armer Menschen geschaffen, drückt die Mehrheit der Betroffenen unter die Armutsgrenze und hat den Niedriglohnsektor ausufern lassen. Zentrales Ergebnis der eigenen Untersuchung, die die LIGA zu Hartz IV durchgeführt hat, ist: Hartz IV drangsaliert die Menschen ohne Arbeit, entwürdigt und entrechtet sie. Die uns bekannten Fakten sprechen eine andere Sprache als wir es in den letzten Tagen von einigen Politikern hören konnten. So reden Politiker beispielsweise davon, dass es für Hartz IV Familien zur Förderung der Kinder besser sei, Gutscheine zu geben, denn vom Geld würden ansonsten Fernseher gekauft. Die Realität ist anders: Eltern sparen es sich eher vom Mund ab, damit Kinder so gut es geht, vor Armut bewahrt bleiben.

Vier Hauptprobleme zeigen sich bei Hartz IV:

Erstens: Die Bescheide der Argen sind missverständlich und zu einem großen Teil auch fehlerhaft. Wie fehlerhaft sie sind, zeigt sich daran, dass Klagen gegen die Bescheide in der Mehrheit erfolgreich sind.

Zweitens: Nicht nur die Bescheide, auch die Regelsätze sind falsch. Sie reichen nicht zum Leben. Das hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Unter diesen Bedingungen wird es vielen Hilfeberechtigten unmöglich gemacht, „anzusparen“. Stattdessen kommt es zu Unterdeckungen durch zu hohe Kosten der Unterkunft, aufgezwungene Abtretungen, fehlerhafte Einkommensberechnungen und Sanktionen. Das belegen unsere Untersuchungen.

Drittens: Unsere Beobachtungen zeigen auch, dass es dringend nötig ist, im Bereich der einmaligen Beihilfen Mindestsätze festzulegen. Oft werden Beihilfeanträge abgelehnt oder die Antragsteller mit Minibeträgen abgespeist. Pauschalierungen und fehlende Beihilfen wirken wie Kürzungen durch die Hintertür.

Viertens: Das wichtigste Problem ist, dass es an angemessenem und kostengünstigem Wohnraum fehlt. Es ist nicht so, wie die ARGEN unterstellen, dass genügend angemessene

ner Wohnraum zur Verfügung steht. Was bei den Kosten für Unterkunft fehlt, muss beim täglichen Leben gespart werden.

Die LIGA fordert daher

1. die Schaffung genügend bezahlbaren Wohnraums,
2. einen ansparfähigen Regelsatz für Erwachsene (der in etwa bei 500 € liegen müsste), und
3. eigene bedarfsgerechte Kinderregelsätze.

Im Übrigen werden **Sanktionen** bei fehlender Mitwirkung auferlegt. Wenn die Regelsätze das soziokulturelle Existenzminimum sichern sollen, dann kann es keinen Grund geben, durch Sanktionen, dieses Minimum zu unterschreiten. Hier muss das Gesetz grundsätzlich und mit Bezug auf das Würde-Gebot der Verfassung und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts überarbeitet werden.

Tafeln

Ein anderer Bereich, der gerade die neue Armut sichtbar macht, sind die Tafeln. Sie zeigen, dass Armut in unser Land zurückgekehrt ist. Die Mitgliedsverbände der LIGA organisieren etwa die Hälfte der Tafeln in Rheinland-Pfalz. Sie helfen in der Not, wissen aber auch, dass diese Hilfe kein Beitrag zur Armutsbekämpfung ist. Aber ohne das Engagement von Tausenden wäre die Not in diesem Land noch größer. Es ist eine Schande für ein reiches Land, dass es wieder Armenspeisung gibt. Aus unseren Einrichtungen wissen wir, dass immer mehr Kinder hungern. Dem gegenüber stellen die landesgeförderten Mittagessen in den Kindertagesstätten und Schulen einen Schritt in die richtige Richtung dar. Die LIGA hat das Tafelengagement ausgewertet. Trotz des lobenswerten Engagements gilt: So viele Lebensmittelausgabestellen können noch so viele Bürgerinnen und Bürger gar nicht betreiben, die ein gerechter Sozialstaat mit einem armutsfesten Regelsatz überflüssig machen würde. Die LIGA weiß sich mit dieser Einschätzung einig mit der Landspolitik: Privates Engagement darf Rechtsansprüche nicht ersetzen.

Soziale Brennpunkte

Im Bereich der Sozialen Brennpunkte, die beschönigend aufzuwertende Stadtteile genannt werden, stellt die LIGA Defizite sowohl bei der Problemerkennung als auch bei der Problembearbeitung fest. Obwohl das Land dankenswerter Weise eine eigene Studie zu diesem Problembereich durchgeführt hat, ist ein Gesamtüberblick noch immer nicht möglich.

Auch das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das 18 Städte und Gemeinden mit 37 Stadtteilen umfasst, kann nicht für die notwendige Abhilfe sorgen. Denn auffällig ist, dass die ländlichen und kleinen Gemeinden kaum hiervon profitieren. Insbesondere fehlt es an einer sinnvollen Abstimmung des Bund-Länder-Programms mit den Problemlagen der klassischen sozialen Brennpunkte. Die Programme der „Sozialen Stadt“ werten Stadtteile auf, wobei die Ärmsten häufig in die Brennpunkte verdrängt werden.

Es braucht also eine rheinland-pfälzische Gesamtstrategie. Ein wichtiger Baustein wäre die Einrichtung einer Servicestelle „Soziale Stadt“, die neben Stadtplanung auch sozialpädagogische Gemeinwesenarbeit beinhalten muss.

Wohnungslosigkeit

Das Land hält die derzeitige Wohnungslosenhilfe für ausreichend. Man verfüge über ein „gut ausgebautes und differenziertes System“. Die LIGA hat schon 2004 eine Landkarte über die Versorgungsstruktur der Wohnungslosenhilfe vorgelegt, die insbesondere im Raum Trier-Eifel und in der Pfalz große weiße Flecken enthielt und noch enthält. Ein besonderes Angebot für wohnungslose Frauen erstreckt sich z.B. auf nur drei Einrichtungen in Trier, Mainz und Bad Kreuznach. Zudem fehlt es an ambulanten Fachberatungsstellen, vor allem in den ländlichen Gebieten.

Der seit 2007 steigende Anteil von jungen Wohnungslosen unter 24 Jahren wird zwar als „bedenklich“ eingeschätzt, aber in seiner Tragweite und seiner systematischen Verursachung verkannt. Die zunehmende Inanspruchnahme der Wohnungslosenhilfe durch junge Menschen hängt nach Einschätzung der LIGA nicht nur mit familiären Problemen, sondern auch mit der radikalen Sanktionierung der ARGEN bei Unter-25-Jährigen und mit dem Rückzug der Jugendhilfe zusammen.

Deshalb fordert die LIGA einen jugendspezifischen Ausbau der Angebote seitens der Jugendhilfe und den Verzicht auf Sanktionen gegenüber Unter-25-Jährigen.

Mainz, 24. Februar 2010

Für Rückfragen steht gerne zur Verfügung:

Prof. Dr. Franz Segbers

Diakonisches Werk in Hessen und Nassau Frankfurt

Tel 069 - 7947 - 242

Mobile: 0160-90573904